

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Konzept zur Realisierung eines Modellprojekts für einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Realisierung eines Modellprojekts für einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst mit dem Ziel einer passgenaueren Versorgung von Kindern in gesundheitlichen Akutsituationen zu erstellen und damit die pädiatrische Versorgung in der Stadt außerhalb der gängigen Praxisöffnungszeiten zu verbessern. Das Modellprojekt soll nicht nur aufsuchende ärztliche Tätigkeiten beinhalten, sondern ebenfalls ein digitales Angebot wie Videoberatung umfassen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 24 zu berichten.

Begründung

Die Koalitionsparteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, den kinderärztlichen Bereitschaftsdienst zu stärken, um die Notfallversorgung von Kindern und Jugendlichen zukünftig auch außerhalb der stark ausgelasteten Rettungsstellen zu gewährleisten und hierzu zunächst ein Modellprojekt zu initiieren. Auf die äußerst angespannte Situation in Kinderrettungsstellen und Kinderkliniken haben Berliner Medizinerinnen und Mediziner in den letzten Monaten wiederholt in Brandbriefen aufmerksam gemacht. Aktuelle Daten über die Auslastung der Rettungsstellen unterstreichen die Dringlichkeit der Lage: Notaufnahmen in Berliner Kliniken mussten sowohl in den vergangenen Jahren jeweils einige hundert junge Patientinnen und Patienten ablehnen. Allein im zweiten Halbjahr 2021 kam dies zum Beispiel in den DRK Kliniken Berlin Westend 362-mal vor (Drucksache 19 /13519). Im gleichen Zeitraum mussten

in der Kindernotaufnahme des Vivantes Klinikums Neukölln 134 Kinder an andere Häuser geleitet werden (Drucksache 19/13525); in der Kinderrettungsstelle des Vivantes Klinikums im Friedrichshain kam dies in der zweiten Hälfte des letzten Jahres 83-mal vor (Drucksache 19/13524). Auch die Kindernotaufnahme der Charité im Virchow-Klinikum musste im letzten Jahr 312 Kinder und Jugendliche in andere Krankenhäuser verlegen, weil sie selbst nicht in der Lage war, sie aufzunehmen (Drucksache 19/13522). Auch bei niedergelassenen Kinderärztinnen und Kinderärzten ist die Situation angespannt: Aufgrund der hohen Auslastung der Praxen haben Eltern in Berlin bereits jetzt Probleme, Kinderärztinnen und Kinderärzten zu finden. Die Notdienstpraxen der KV Berlin, die in sprechstundenfreien Zeiten ambulante Versorgung leisten, sollen eigentlich der Entlastung der Rettungsstellen dienen, befinden sich jedoch angesichts der steigenden Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die dort behandelt werden, selbst in einer angespannten Situation: Während diese 2020 noch 20.408 Patienten unter 16 Jahren verzeichneten, wurden allein im ersten Halbjahr 2022 bereits 14.793 junge Menschen versorgt (Drucksache 19/13191). Um die Versorgung kranker Kinder und Jugendlicher zu gewährleisten und die Gesundheit junger Menschen zu schützen, muss dringend gehandelt werden.

Durch einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst kann sowohl ein wichtiger Beitrag zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen geleistet als auch das Personal in Rettungsstellen und Notdienstpraxen entlastet werden. Als Vorbild könnte der in München seit mehr als drei Jahrzehnten bestehende 24-Stunden-Dienst bei Kindernotfällen dienen: Alarmiert wird dort die/der Kindernotarzt von der Rettungsleitstelle, die unter der Telefonnummer 112 erreichbar ist. Ein Team von ca. 25 Ärztinnen und Ärzten teilt sich die Dienstzeiten. Durch die Kombination aus fachlicher Kompetenz und kindgerechter Notfallausrüstung kann eine bestmögliche Notfallversorgung gewährleistet werden. Denkbar wäre aber auch ein Modell, bei dem der mobile kinderärztliche Bereitschaftsdienst von den Familien selbst über eine eigenständige KV-Telefonnummer angefordert werden kann. Um durch den mobilen Bereitschaftsdienst die Notfallversorgung nachhaltig verbessern zu können, ist eine angemessene Entlohnung für Medizinerinnen und Mediziner, die eine derartige zusätzliche Aufnahme übernehmen und in einem Rotationsprinzip Dienste übernehmen könnten, unabdingbar.

Berlin, den 26. Februar 2024

Stettner Zander
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh König
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD